

## Substanzielles Protokoll 177. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 19. Juni 2013, 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 124 Mitglieder

Abwesend: Beat Camen (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- |    |                          |  |     |
|----|--------------------------|--|-----|
| 1. |                          | Mitteilungen   |     |
| 2. | <a href="#">2013/202</a> | * Weisung vom 05.06.2013:<br>Tiefbauamt, Baulinienrevision im Industriequartier, Kreis 5,<br>Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die<br>Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung                      | VTE |
| 3. | <a href="#">2013/204</a> | * Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss<br>(Grüne) vom 05.06.2013:<br>Bauten im Gebiet Dunkelhölzli, Herstellung des rechtmässigen<br>Zustands  | VHB |
|    |                          | E  |     |
| 4. | <a href="#">2013/205</a> | * Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 05.06.2013:<br>Betrieb der städtischen Altersheime und Pflegezentren,<br>Schaffung einer rechtsverbindlichen Grundlage in Form einer<br>Verordnung vor Einführung der Globalbudgets | VGU |
|    |                          | E  |     |
| 5. | <a href="#">2012/401</a> | Weisung vom 07.11.2012:<br>Revision von Art. 57 des Personalrechts (PR), Grundsatz der<br>jährlichen Lohnanpassung an die Teuerungsentwicklung,<br>Aufnahme einer Ausnahmeregelung   | FV  |
| 6. | <a href="#">2013/82</a>  | Weisung vom 13.03.2013:<br>Rechnung 2012 (Verwaltungsrechnung mit Anhang),<br>Genehmigung  | FV  |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 4038. 2013/233 Erklärung der GLP-Fraktion vom 19.06.2013: Netzentwicklungsstrategie züri-linie 2030

Namens der GLP-Fraktion verliest Guido Trevisan (GLP) folgende Fraktionserklärung:

30% mehr Passagiere bis 2030 – VBZ droht Anschluss zu verpassen

Ein klares Ziel haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit der Städteinitiative 2011 dem Stadtrat vorgegeben. Die dafür nötigen ÖV-Ausbau Schritte beinhaltet die Netzentwicklungsstrategie 2030 jedoch nur zum Teil.

Bis 2030 rechnet die VBZ mit einer Zunahme von 30% oder jährlich 100 Millionen Passagieren. Mit Streckenverlängerungen, mehr Tangentialverbindungen und vereinzelt Taktverdichtungen versucht die VBZ dieser prognostizierten Entwicklung Herr zu werden.

Wie Guido Schoch, Direktor der VBZ, an der heutigen Medienorientierung sagte, ist mit dem Tram 17, als fünfte Tramlinie durch die Bahnhofstrasse, die Kapazitätsgrenze erreicht. Die Grünliberale Fraktion unterstützt nicht nur deshalb den strategischen Ansatz Tangentialverbindungen zu stärken und S-Bahn-Anschlüsse auch ausserhalb des Zentrums mit den lokalen, öffentlichen Verkehrsmitteln besser zu erschliessen.

Die in der Netzentwicklungsstrategie 2030 aufgezeigten Massnahmen reichen jedoch nicht alleine um die zukünftige Nachfrage nach öffentlicher Mobilität zu decken und Teile des motorisierten Individualverkehrs zu kompensieren. Was sich seit der Einführung der ersten S-Bahn-Linien vor 20 Jahren verändert hat, wissen wir alle. Wenn man davon ausgeht, dass die rasante Entwicklung der Nachfrage so weiter geht oder sich noch akzentuiert, so sind visionärere Ansätze für das urbane Gebiet Stadt Zürich gefordert. Das VBZ lässt solche Handlungsoptionen leider offen. Mit den über die kommenden 20 Jahre verteilten kleinen Entwicklungsschritten, lässt sich die geschätzte Servicequalität der VBZ nicht halten und das zusätzliche Passagieraufkommen nur sehr schwer bewältigen.

Die glp-Fraktion kann die geplanten Entwicklungsschritte der VBZ grossmehrheitlich nachvollziehen. So werden zu den bereits erwähnten Massnahmen Entwicklungsgebiete besser oder überhaupt erst mit dem ÖV erschlossen, einzelne Buslinien elektrifiziert, der Betrieb von Schnellbussen geprüft und die bessere Erschliessung der Hochschulen in Aussicht gestellt.

Einzelne Entwicklungsgebiete werden jedoch von der VBZ weiter ignoriert, obwohl der Bedarf auch durch Mehrheiten im Gemeinderat klar zum Ausdruck gebracht wurden (z.B. Am Wasser / Breitensteinstrasse). Das weitere Aufträge aus dem Gemeinderat zurückgestellt werden, wie z.B. die Tramlinie 1 (Farbhof-Hardplatz-Hauptbahnhof), welche von SP und glp in einer Motion gefordert um vom Gemeinderat überwiesen wurden, erstaunt gerade im Zusammenhang mit der immer stärker werdenden ÖV-Nachfrage auf den entsprechenden Strecken. Auch rückt eine der zentralen ÖV-Verbindungen, das Rosengartentram, weiter nach hinten, obwohl Kanton und Stadt über das weitere Vorgehen noch dieses Jahr kommunizieren wollen.

### Persönliche Erklärungen:

Dr. Daniel Regli (SVP) hält eine persönliche Erklärung zu einem Artikel im Tages Anzeiger über einen Autistischen Jungen im Schulhaus Mattenhof.

Matthias Probst (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zu einer politischen Kunstaktion «Ghostbikes».

Andrea Nüssli-Danuser (SP) hält eine persönliche Erklärung zu einem Artikel im Tages Anzeiger über einen Autistischen Jungen im Schulhaus Mattenhof.

## **G e s c h ä f t e**

### **4039. 2013/202**

**Weisung vom 05.06.2013:**

**Tiefbauamt, Baulinienrevision im Industriequartier, Kreis 5, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung**

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 17. Juni 2013

### **4040. 2013/204**

**Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 05.06.2013: Bauten im Gebiet Dunkelhölzli, Herstellung des rechtmässigen Zustands**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

### **4041. 2013/205**

**Postulat von Andreas Kirstein (AL) vom 05.06.2013:**

**Betrieb der städtischen Altersheime und Pflegezentren, Schaffung einer rechtsverbindlichen Grundlage in Form einer Verordnung vor Einführung der Globalbudgets**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Severin Pflüger (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**4042. 2012/401**

**Weisung vom 07.11.2012:**

**Revision von Art. 57 des Personalrechts (PR), Grundsatz der jährlichen Lohnanpassung an die Teuerungsentwicklung, Aufnahme einer Ausnahmeregelung**

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 3953 vom 29. Mai 2013:

Zustimmung:           Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP), Dr. Gustav Hintsch (parteilos), Christina Hug (Grüne), Karin Weyermann (CVP)  
Abwesend:             Simon Kälin (Grüne), Claudia Simon (FDP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

**Mark Richli (SP):** *Die Redaktionskommission hat eine eckige Klammer gestrichen, die anzeigte, dass an dieser Stelle etwas weggelassen wurde, das nicht ins Personalrecht gehört. Zudem wurde ein veralteter Genitiv korrigiert.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit:             Simon Kälin (Grüne) i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Referentin; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Linda Bär (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Dr. Pawel Silberring (SP), Katrin Wüthrich (SP)  
Minderheit:          Präsident Severin Pflüger (FDP); Referent; Cécilia Hänni-Etter (FDP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)  
Enthaltung:         Urs Fehr (SVP), Beat Camen (SVP)

Gemäss dem Ratsbeschluss vom 29. Mai 2013, vergleiche Beschluss-Nr. 3953/2013 bringt der Ratspräsident die Anträge wie folgt zur Abstimmung:

Die Mehrheit entspricht Zustimmung zum Antrag des Stadtrats gemäss bereinigter Fassung der RedK.

Die Minderheit entspricht Ablehnung des Antrags des Stadtrats gemäss bereinigter Fassung der RedK.

Der Rat stimmt der Mehrheit mit 63 gegen 60 Stimmen zu.

Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

## Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsident Severin Pflüger (FDP), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Linda Bär (SP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Simon Kälin i. V. von Kathy Steiner (Grüne), Niklaus Scherr (AL), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Dr. Pawel Silberring (SP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP), Katrin Wüthrich (SP)  
Minderheit: Urs Fehr (SVP), Referent; Beat Camen (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 60 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Die Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht, PR) vom 6. Februar 2002 wird wie folgt geändert:

### **Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (Personalrecht, PR)**

Der Gemeinderat ändert, gestützt auf Art. 41 lit. I der Gemeindeordnung, das Personalrecht (PR) vom 6. Februar 2002 wie folgt:

#### **Art. 57 Jährliche Lohnanpassungen, Lohnentwicklung innerhalb der Funktionsstufen**

<sup>1</sup> Der Stadtrat passt die Lohnskala jährlich der Teuerungsentwicklung an. Massgebend ist der Zürcher Index der Konsumentenpreise. Eine negative Teuerungsentwicklung hat keinen Einfluss auf die Lohnskala. Weist die letzte Jahresrechnung einen Bilanzfehlbetrag aus, kann der Stadtrat ganz oder teilweise auf die Anpassung verzichten.

<sup>2</sup> Der Lohn entwickelt sich abhängig von der aktuellen Lage des Lohns in einem der fünf Teillohnbänder, von Leistung und Verhalten der oder des Angestellten, von der Entwicklung der nutzbaren Erfahrung und von den jährlich im Budget für die Lohnentwicklung zur Verfügung gestellten Mitteln. Dabei wird die Entwicklung der Löhne jährlich in einer Matrix neu festgelegt.

(Abs. 3–5 bleiben unverändert.)

2. Der Stadtrat setzt diese Änderung in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 26. Juni 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 25. Juli 2013)

## **4043. 2013/82**

### **Weisung vom 13.03.2013:**

### **Rechnung 2012 (Verwaltungsrechnung mit Anhang), Genehmigung**

Antrag des Stadtrats

1. Die Verwaltungsrechnung 2012 der Stadt Zürich wird genehmigt.
2. Die Rechnung 2012 der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) mit einem Verlust von Fr. 231 642.40 wird – gestützt auf Art. 6 Ziff. 3 und 4 der Verordnung über die Asyl-Organisation Zürich vom 2. März 2005 – genehmigt.
3. Die Rechnung 2012 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich wird genehmigt.
4. Die Rechnung 2012 der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird genehmigt.
5. Die Rechnung 2012 der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

Bericht und Anträge der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 10. Juni 2013

Eintretensdebatte:

**Roger Liebi (SVP)** stellt den Bericht der RPK zur Rechnung 2012 vor: Der Aufwand im Jahr 2012 beträgt 8,33 Milliarden Franken, der Ertrag 8,298 Milliarden Franken. Das ergibt einen Aufwandüberschuss von 33,1 Millionen Franken statt der budgetierten 60,4 Millionen Franken. Das bessere Ergebnis ist vor allem auf tiefere Ausgaben beim Personalaufwand zurückzuführen, die hauptsächlich aus den 283,5 nicht besetzten Stellenprozenten resultierten. Ebenfalls ein Grund war die negative Teuerungsentwicklung. Auch bei der Aus- und Weiterbildung wurde weniger ausgegeben als budgetiert. Andererseits gab es einige Mehrerträge, so zum Beispiel durch die vollständige oder teilweise Auflösung von Reserven. Die Steuereinnahmen befinden sich auf Rekordhöhe. Zu den Investitionen: Der Investitionsplafond von 850 Millionen Franken wurde über einen gewissen Zeitraum eingehalten. Die Gemeindebetriebe hatten einen guten Abschluss. Bei der Bilanz kann man auf die Aktiven hinweisen: Das Finanzvermögen stieg auf 5,15 Milliarden Franken an, das Verwaltungsvermögen auf 7,16 Milliarden Franken. Dieser Zuwachs zeigt die Aufwertungsmassnahmen für die Stadtspitäler sowie die konstante Investitionstätigkeit an. Das Fremdkapital stieg auf 9,2 Milliarden Franken an. Trotz des Aufwandüberschusses konnte das Eigenkapital um 8,7 Millionen Franken erhöht werden. Zu den einzelnen Geschäften: Teilweise gab es beim Lohnaufwand erhebliche Budgetabweichungen. Bei künftigen Budgetierungen sollte stärker auf Ziele als auf Wunschwerte geachtet werden. Die RPK begrüsst die Anstrengungen der Personalabteilung, in die Richtung einer präziseren Budgetierung zu gehen. Ein zweiter Punkt: Die Neuregelung der Pflegefinanzierung führt zu Unwägbarkeiten in der städtischen Rechnung. Stadt und Kanton sollten Lösungen für eine verlässliche und angemessene Kalkulationsbasis erarbeiten. Die RPK hat sich auch mit dem Freien Kredit des Stadtrats beschäftigt. Dieser wurde für geheim erklärt. Die RPK kann das nicht nachvollziehen. Aus- und Weiterbildung sind Eckpfeiler, diese Bereiche wurden nicht voll ausgeschöpft. Wir sehen Potenzial, das Weiterbildungsangebot der Angestellten mit den betrieblichen Bedürfnissen der Stadt zu koordinieren. Dann könnten auch Kosten und Planbarkeit optimiert werden. Schul- und Sportdepartement: Wir erwarten von diesem Departement angesichts der zunehmenden Kostenblöcke rasche und griffige Massnahmen bezüglich Budgetierung und Controlling. Die RPK ist auch enttäuscht, dass die Erwägungen, die sie nach der Fussball-Europameisterschaft 2008 zu den Eigenleistungen machte, nun bei den Leichathletik-Europameisterschaften bereits wieder übergangen wurden. Vom Gemeinderat wird nämlich verlangt, dass er über eine Weisung zusätzliche Geldmittel absegnen soll. Das ist für uns nicht nachvollziehbar. Zum Darlehen Kongresshausstiftung: Das Darlehen wurde von 2 auf 4 Millionen Franken erhöht. Gleichzeitig folgte eine Vereinheitlichung der Zinsen. Der Gemeinderat hätte miteinbezogen werden müssen. Hochbaudepartement, Personalwerbung: Der Gemeinderat hatte die zusätzlichen Kosten für die Ausschreibung und das Assessment einer Direktionsstelle beim Amt für Baubewilligungen in den Zusatzkrediten zum Budget 2012 abgelehnt. Trotzdem wurde die Ausgabe getätigt. Die RPK ist empört über die bewusste Missachtung des Gemeinderatsbeschlusses. Ausblick: Die Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise, die Regulierungen in der Finanzindustrie erreichen in besonderem Mass auch Zürich. Sie könnten die Laufende Rechnung der Stadt mittelfristig bei den Steuererträgen und besonders bei den sozialen Ausgaben vorübergehend stärker belasten. Ökonomen warnen vor Gefahren im Immobilien- und Hypothekarmarkt. Die Kosten des Betreuungswesens stellen bezüglich Finanzierung hohe Anforderungen. Die erhebliche Zunahme des Fremdkapitals und der Nettoschulden muss kritisch beurteilt werden. Die RPK erwartet mit grossem Interesse die ersten Ergebnisse des Leistungsüberprüfungsprogramms

*17/0 vom Stadtrat. Auf der anderen Seite können wir durchaus die Planungsgenauigkeit des Stadtrats auf der Einnahme- und der Investitionsebene positiv hervorheben.*

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4044–4050)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**4044. 2013/226**

**Erklärung der SP-Fraktion vom 19.06.2013:  
Rechnung 2012**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Ein Ja zur vernünftigen Finanzpolitik der Stadt Zürich heisst: Nein zu weiteren Steuergeschenken

Die Rechnung 2012 der Stadt Zürich schliesst mit einem Minus von 33 Millionen Franken ab. Budgetiert war eine schwarze Null, doch konnte die Stadt dieses Ziel nicht erreichen. Gründe dafür sind einerseits Einnahmeausfälle, andererseits unerwartete zusätzliche Ausgaben. Besonders ins Gewicht fällt der Rückgang der Steuererträge sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen. Die Grossbanken zahlen weiterhin keine Steuern. Die Zunahme der Quellensteuer kann diese Rückgänge nicht kompensieren. Diese Entwicklung erachten wir schon seit längerem als bedenklich. Und sie ist ein klares Signal gegen weitere Steuergeschenke, beispielsweise bei der Unternehmenssteuer.

Das Eigenkapital beträgt per Ende 2012 722 Millionen Franken. Dass das Eigenkapital weniger stark sinkt, als das Minus von 33 Millionen vermuten liesse, ist auf die neuen Spitalfinanzierungsvorschriften zurückzuführen, die zu Aufwertungen führen. Entsprechend liegt der Selbstfinanzierungsgrad bei guten 73%. Sowohl Personal- als auch Sachaufwand liegen unter Budget; der Sachaufwand sogar deutlich darunter. Dies zeigt, dass die Budgetdisziplin der Verwaltung hoch ist.

Die Nettoinvestitionen liegen signifikant unter dem Budget: Statt 930 Millionen wurden nur 703 Millionen investiert. Gleichzeitig bleiben die Investitionen wichtig für den Standort, da sie dem Gewerbe und den KMU wichtige und konjunkturstützende Aufträge verschaffen. Aufgeschobene Investitionen kommen langfristig teuer zu stehen! Hinzu kommt, dass die Stadt wächst: Auch die NeuzürcherInnen brauchen Schulhäuser, Trams und andere Infrastruktur. Die SP warnt deshalb vor einem weiteren Rückgang der Investitionen.

Im Spital- und Pflegefinanzierungsbereich bestehen grosse Unsicherheiten. Die neuen Finanzierungsmodelle führen zu einer Mehrbelastung der Stadt Zürich insbesondere im Pflegebereich. Die Tendenz, dass Bund und Kanton ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, sondern immer weitere Kosten auf die Gemeinden überwälzen, lehnt die SP entschieden ab.

Dass die Stadt Zürich auch fünf Jahre nach Beginn der Finanzkrise noch über ein Eigenkapital von über 700 Millionen Franken verfügt, registrieren wir mit Genugtuung. Für die kommenden Jahre gilt es daher, einerseits die Ausgaben nicht über ein finanzierbares Mass anwachsen zu lassen, andererseits zu verhindern, dass die Einnahmen durch steuerpolitische Fehlentscheide weiter geschmälert werden.

**4045. 2013/227**

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 19.06.2013:  
Rechnung 2012**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Rechnung 2012 der Stadt Zürich – Alt-Finanzminister und Sozialisten auf Tauchstation

10 Jahre lang amtierte alt-Finanzvorsteher Vollenwyder als Steigbügelhalter der Sozialisten. Im Interview mit dem „Tagesanzeiger“ vom 14. Mai 2013 sagte er wörtlich: „Wenn der Stadtrat einen Beschluss gefasst hat, heisst es: Ohren anlegen und durch“. An gleicher Stelle zeigte er sich besorgt über die nicht finanzierbaren Kosten im Betreuungswesen und kritisierte den Hang zum Perfektionismus in der öffentlichen Verwaltung. Pikant ist der Zeitpunkt dieser öffentlichen Kritik: Erst nach seinem Rücktritt äussert sich Vollenwyder gegenüber der Öffentlichkeit, wie es in Wahrheit um die städtischen Finanzen steht. Es ist offensichtlich, dass sich Martin Vollenwyder während seiner Amtszeit auch einen Mundkorb anlegen musste.

Das Resultat der Sozialisten und linken Stadtrates unter der Federführung von Vollenwyder ist verheerend: Immer mehr Staat (Personalmoloch, Eingriffe in die Privatwirtschaft), immer mehr Regulierungen (Bau),

Aufdrängen eines Lebensstils (2000 Watt, Ökostrom, autofreies Wohnen, Verhöhnung und Verpönung des Individualverkehrs), immer mehr Gebühren und Abgaben. Gleichzeitig wird das Betreuungswesen stetig ausgebaut – ohne die Kostenexplosion zu beachten. Die Asylindustrie wird unter dem Deckmantel der humanitären Tradition ausgebaut.

Der Zustand der städtischen Finanzen ist besorgniserregend. Die Prognosen der SVP bewahrheiten sich. Wer unsere Forderungen nach Sparmassnahmen als Schwarzmalerei abtut, handelt schlichtweg verantwortungslos.

Und genau jetzt verlässt der Finanzvorstand das Amt, und die übermächtigen Sozialisten stellen sich mit der Übergabe des Finanzdepartementes an einen Grünen vermeintlich locker aus der Verantwortung.

Mit der Rechnung 2012 wird dem Gemeinderat zum 5. Mal hintereinander ein Defizit präsentiert. Dieses Mal sind es 33 Millionen Franken. Wir werden heute mit Sicherheit von nahezu allen Parteien zu hören bekommen, dass diese Rechnung quasi gefeiert werden müsse, war doch das Budget inkl. Zusatzkrediten von einem weit höheren Defizit ausgegangen. Doch der Schein trügt: Wer die 544 Seiten genau liest, stellt fest, dass ohne Sondereffekte ein Defizit von 100 Millionen Franken hätte ausgewiesen werden müssen!

Noch eindrücklicher ist die Entwicklung der Schulden: Per 31.12.2012 ist die Stadt Zürich mit einem Fremdkapital von 9.2 Milliarden Franken belastet. Oder anders gesagt: Jeder Einwohner dieser Stadt, ob Säugling oder Greis, ob Steuerzahler oder Sozialhilfeempfänger, ob Schweizer oder Ausländer, schuldet der Stadt Zürich 23'423 Franken. Wer davon ausgeht, dass sich diese Schuldenlast unter der jetzigen Regierung in Zukunft vermindert, irrt sich. Defizit und Zunahme der Schulden haben systemischen Charakter angenommen. Die Steuereinnahmen reichen trotz Bevölkerungswachstum nicht aus, die Personalkosten zu decken. Der Selbstfinanzierungsgrad bei den Investitionen liegt über die letzten 5 Jahre im Durchschnitt bei 75%. Anders gesagt: die Stadt Zürich verschuldet sich permanent weiter - unabhängig von Tief- oder Hochzinsphasen. Die SVP toleriert diese Finanzpolitik nicht länger.

Damit nicht genug: Die sozialistisch geprägte Politik dieser Stadt trägt eindeutige Enteignungstendenzen. Betrug die Summe aus Steuern, Abgaben und Gebühren im Jahre 2002 4.32 Milliarden Franken, sind es 2012 bereits 5.12 Milliarden. Die Steigerung ist quasi vollständig auf höhere oder mehr Gebühren und Abgaben zurückzuführen.

Heute bezahlt der Stromzahler sogar eine Abgabe für die öffentliche Beleuchtung. Diese Dienstleistung sollte definitiv mit Steuereinnahmen finanziert werden statt mit Einnahmen des ewz. Weiter bezahlt jeder Stadtzürcher eine Gebühr für die Energieberatung - ganz egal ob er jemals eine solche in Anspruch genommen hat. Der Grund für diese Abgabenerhöhungen liegt auf der Hand: Die Steuereinnahmen der Stadt können die Ausgabenlast nicht mehr finanzieren.

Der Ausbau der Verwaltung nimmt seinen Lauf. Die Stellenwerte erhöhten sich seit 2002 um nahezu 3000 auf 20152 Stellen. Das entspricht einer Steigerung von 16.66%. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Personalaufwand um 41.7% auf 2.62 Milliarden Franken. Das sind Fakten, welche die Etatisten in diesem Rat freuen wird.

Mit der Rechnung 2012 wird der Trend der Sankt Florians-Finanzpolitik fortgeschrieben.

Wir übernehmen Verantwortung und schauen nicht weg. Wir tun es für unsere Jugend. Sie verdient es. Die SVP steht auch ein für einen starken Wirtschaftsstandort Zürich. Das hiesige Gewerbe muss gestärkt werden. Die SVP setzt sich auch in Zukunft dafür ein, dass Steuererhöhungen kein ernsthaftes Szenario werden.

Die SVP lehnt die Rechnung deshalb mit grosser Überzeugung ab.

#### **4046. 2013/228 Erklärung der FDP-Fraktion vom 19.06.2013: Rechnung 2012**

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Zwar ein geringeres Defizit als befürchtet, aber Warnzeichen müssen erkannt werden

Die FDP nimmt das Ergebnis der Rechnung 2012 ohne Euphorie zur Kenntnis. Das Budget 2012 war zwar ausgeglichen vorgelegt worden. Doch bereits bei den ersten Zusatzkrediten wurden wieder neue Ausgaben vom Gemeinderat gegen den Willen der FDP verabschiedet. Das nun vorliegende Ergebnis mit einem Defizit von 33 Mio. Franken fällt leicht besser aus als befürchtet. Allerdings ist dies bereits ein Vorgeschmack auf die kommenden Jahre mit zu erwartenden negativen Ergebnissen infolge sinkender Steuererträge. Dies ist auch 2012 ein wesentlicher Grund für das negative Ergebnis, liegt der Steuerertrag doch 190 Mio. Franken unter Budget. Erneut konnte der für die Rechnung 2012 noch verantwortliche freisinnige Stadtrat Martin Vollenwyder eine hohe Ausgabendisziplin durchsetzen, wodurch die Ausgaben insgesamt um 108 Mio. Franken unter Budget zu liegen kommen. Diverse Spezialeffekte wie z.B. Auflösung von Reserven des Versicherungsfonds und kurzfristig verordnete Rückstellungen für höhere Lehrerlöhne durch den Kanton heben sich zum Teil gegenseitig auf. Antworten auf die Fragen der RPK zeigen in vielen Fällen, dass im



Budget zu hohe Forderungen gestellt werden. Insbesondere das von grüner Seite geleitete TED führt viele angekündigte Aktionen nicht durch. Offenbar ist das Management nicht in der Lage die Planung konsequent umzusetzen. Das vorliegende Ergebnis muss daher in der parlamentarischen Prüfung noch im Detail angesehen werden.

Speziell präsentiert sich die Lage beim Eigenkapital, welches infolge der Neubewertung der Spitäler durch den Kanton trotz Defizit sogar um 9 Mio. Franken wuchs. Auch dies ist ein Vorgeschmack auf zu erwartende Neubewertungen infolge zukünftiger kantonal vorgegebener Rechnungslegungsvorschriften. Es ist zu befürchten, dass Wertsteigerungen in der Bilanz der Stadt Zürich zu noch grösseren Begehrlichkeiten von Links-Grün führen werden. Bürgerliche Forderungen z.B. nach weniger aufwändigen Bauweisen bei Schulhäusern werden regelmässig im Gemeinderat zurückgewiesen. Auch die Vergoldungen von Randsteinen, Parkplätzen und Platzgestaltungen sowie das überbordende Pflanzen von Baumalleen durch das grün geführte Tiefbaudepartement schlagen sich in stets höheren Ausgaben nieder. Auch hier ist keine Trendwende in der rot-grünen Ausgabenwut festzustellen.

Die FDP wird der Rechnung zustimmen. Hingegen enthält sie sich bei der Abnahme der AOZ Rechnung der Stimme. Die seit längerer Zeit laufenden Abklärungen von GPK und RPK lassen einige Fragen bei der Corporate Governance dieser Organisation offen. Es ist nicht akzeptabel, dass die Stadt Zürich für Verluste bei Projekten gerade stehen muss, die für Dritte durchgeführt wurden.

Mit der Rechnung 2012 steigt ein grüner Finanzvorstand in sein Amt ein. Die FDP erwartet, dass er den mit dem Budget 2013 verabschiedeten Auftrag zur Reduktion von Aufgaben der Stadt Zürich konsequent umsetzen wird. Die FDP wird diesen Prozess aufmerksam begleiten und hält an ihrer Finanzstrategie fest, nämlich weiterhin ein ausgeglichenes Budget und kein weiteres Ausgabenwachstum zu verlangen.

#### **4047. 2013/229 Erklärung der Grüne-Fraktion vom 19.06.2013: Rechnung 2012**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart Sutter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Guter Rechnungsabschluss – trotz Wellengang ist die Stadt Zürich auf Kurs

Martin Vollenwyder hat sich mit einem guten Rechnungsabschluss als Stadtrat verabschiedet. Mit einem Aufwandüberschuss von 33,1 Millionen Franken auf einen Gesamtaufwand von über 8,3 Milliarden Franken darf gar fast von einer Punktlandung gesprochen werden. Dies ist umso bemerkenswerter, als die See, auf welchem der „Tanker“ Stadt Zürich unterwegs ist, nicht so ruhig ist, wie das Ergebnis erscheinen mag. Trotzdem konnte das Polster an Eigenkapital wegen des Aufwertungsgewinns von 41,8 Millionen Franken auf die Investitionen der Stadtspitäler nochmals auf 722,8 Millionen Franken anwachsen.

Die Bevölkerung der Stadt Zürich wächst. Auch die Steuereinnahmen haben im Jahr 2012 einen neuen Rekord erreicht. Gleichwohl konnte der budgetierte Betrag nicht erreicht werden. Es hat sich wiederum gezeigt, dass die Steuereinnahmen der natürlichen Personen beziehungsweise der Quellensteuern mit der wachsenden Zahl von NeuzuzügerInnen und der damit verbundene Zunahme an notwendiger Infrastruktur und Aufgaben nicht Schritt halten können. Bei den juristischen Personen stagnieren die Steuereinnahmen im laufenden Jahr. Es wird sich daher in den kommenden Jahren mehr als bisher die Frage stellen, wo Abstriche gemacht werden müssen und was nicht angetastet werden darf. Der Kompass der Grünen richtet sich klar nach den Volksentscheiden der letzten Jahre: Kinderbetreuung, 2000-Watt-Gesellschaft, Städteinitiative, wohnbaupolitischer Grundsatzartikel. Hier gibt es für uns keinen Spielraum.

Die Investitionsausgaben sanken im Vergleich zum letzten Jahr um 45,8 Millionen Franken und blieben mit gesamthaften Ausgaben von 828 Millionen Franken deutlich unter dem budgetierten Betrag. Es hat sich wiederum gezeigt, dass der angestrebte Plafond von 850 Millionen Franken sich als richtig erweist und damit auch der Selbstfinanzierungsgrad auf guten 72,9% zu liegen kommt. Obwohl die Nettoschuld gegenüber dem Vorjahr um 496 Millionen zunahm, blieb die Nettozinslast um über zehn Millionen Franken unter dem Wert von 2011. Hier ist nicht mit einer Sturmwelle zu rechnen – auch wenn diese immer wieder heraufbeschworen wird.

Die mit dem Budget 2013 aufgelegte Leistungsüberprüfung 17/0 hat trotzdem ihre Richtigkeit. Der Sachaufwand hat bereits im 2012 um 188,9 Millionen markant abgenommen. Dies werten wir als Zeichen dafür, dass die Verwaltung bereits im letzten Jahr vermehrt Ausgaben kritisch hinterfragt hat. Dies ist wichtig, weil in den kommenden Jahren grosse finanzielle Herausforderungen auf die Stadt Zürich warten. Insbesondere bei der Pflege und Unterstützung von älteren Menschen, der Betreuung von Kranken und der Betreuung unserer Kinder sind stark wachsende Ausgaben absehbar.

Die städtischen Finanzen sind gesund. Die Grünen werden auch in Zukunft jede Ausgabe sorgfältig prüfen: in ökologischer, in sozialer aber auch in ökonomischer Hinsicht. Für uns ist klar, dass all diese Aspekte stimmen müssen – damit die Stadt Zürich auf Kurs bleibt.

**4048. 2013/230**  
**Erklärung der GLP-Fraktion vom 19.06.2013:**  
**Rechnung 2012**

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Der schmale Grat entlang der Null

Die Rechnung 2012 der Stadt Zürich schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 33,1 Millionen Franken ab. Das ist immerhin besser als budgetiert. Ohne die kurz vor Jahresende vom Kanton verlangte Rückstellung von 23,1 Millionen Franken im Schulamt für die Sanierung der kantonalen BVK, läge das städtische Defizit gar nur bei ungefähr einem Promille des Budgets. Eine solche rote Null ist, nur für sich betrachtet, zwar unschön, aber zu verkraften.

Eine genauere Betrachtungsweise mahnt allerdings zu einer erhöhten Vorsicht im Umgang mit den städtischen Finanzen. Wer die Rückstellungen im Schulamt erwähnt, darf andere Sondereffekte, die das Resultat substanziell verbessert haben, nicht vergessen. Namentlich die höheren Auflösungen der Reserve der Eigenversicherung und der Vorfinanzierung der Bau- und Zonenordnung haben der Stadtkasse nicht budgetierte Erträge in der Höhe von über 65 Millionen Franken beschert. Das sind keine nachhaltigen, sondern einmalige Einnahmen.

Die Steuereinnahmen wecken gemischte Gefühle. Absolut betrachtet erklommen sie 2012 zwar eine Rekordhöhe von über 2,4 Milliarden Franken, dennoch liegen sie fast 200 Millionen Franken unter Budget.

Dass die Rechnung trotzdem «nur» die Hälfte des budgetierten Defizits erreicht, ist insbesondere auf die tiefer als budgetierten Personal- und Sachaufwendungen zurückzuführen. Der Personalaufwand erklimmt zwar trotz zahlreicher unbesetzter Stellen ein Rekordhoch, liegt aber dennoch 2,3% unter dem Budget. Dem durchschnittlichen Stadtnutzer fällt dabei auf, dass 283,5 unbesetzte Stellen nicht zu Zürichs Untergang geführt haben, auch wenn der GLP-Fraktion sehr wohl bewusst ist, dass die Unterbesetzung punktuell eine Herausforderung für das bestehende Personal sein kann.

Der Sachaufwand liegt über 10% unter dem Budget. Interessant aus der Perspektive der GLP ist in diesem Zusammenhang vor allem auch, wie sich die Pauschalkürzungen auf einzelnen Kontogruppen bewährt haben. Wir stellen fest, dass in neun von zehn Kontogruppen\*, in denen unsere Anträge auf Pauschalkürzungen von einer Mehrheit des Gemeinderats unterstützt wurden, die Rechnung auch nach der Umlage der pauschalen Kürzungen tiefer ausfiel als das Budget. Mit anderen Worten: Die Pauschalkürzungen haben niemandem weh getan, es wären gar höhere Kürzungen auf diesen Kontogruppen möglich gewesen. Erwähnenswert sind dann insbesondere noch die drei Kontogruppen, bei denen unsere Anträge auf pauschale Kürzungen keine Mehrheiten im Rat fanden, weil sie nur von der SVP unterstützt wurden. Bei der Aus- und Weiterbildung (3091) wollten wir 3,3 Millionen Franken aus dem Budget streichen – die Rechnung liegt effektiv über 5 Millionen unter Budget. Bei der Reise- und Spesenentschädigung (3170) hätten wir 250 000 Franken gekürzt – effektiv lagen die Ausgaben dann fast 700'000 Franken unter dem Voranschlag. Und schliesslich hätten wir gerne auch noch bei den Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter 5 Millionen Franken weniger eingestellt – effektiv fiel dieser Aufwandsposten dann um 48 Millionen tiefer aus als budgetiert. Mit anderen Worten: Das Instrument der pauschalen Kürzungen auf diesen Konti in der Gesamtverwaltung scheint ein probates Mittel zu sein, das künftig noch mutiger genutzt werden darf.

Problematisch erscheint der GLP der Umstand, dass das Eigenkapital trotz negativem Rechnungsergebnis zugenommen hat. Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass dies eine Folge kantonaler Bestimmungen ist und die Erhöhung bescheiden ausfällt. Trotzdem ist es problematisch, wenn das Eigenkapital ohne effektiven Geldzufluss erhöht wird. Das kann Begehrlichkeiten wecken, die nicht angebracht sind. Der gleiche Effekt wird – allerdings in deutlich stärkerem Ausmass – eintreffen, wenn aufgrund des neuen Gemeindegesetzes das Verwaltungsvermögen neu bewertet werden müsste.

Die tiefer als budgetierten Nettoinvestitionen sorgen schliesslich dafür, dass der Investitionsplafond eingehalten wird, der Eigenfinanzierungsgrad nicht unter 70% fällt und die Abschreibungen in der laufenden Rechnung geringer ausfallen als budgetiert. Die Nettozinslast ging zwar gegenüber 2011 zurück, doch stieg die Nettoschuld um beinahe 500 Millionen Franken. In einer veränderten Zinslandschaft wird das zu einer Herausforderungen.

Damit in den nächsten Jahren kein Absturz vom schmalen Null-Grat erfolgt, ist es notwendig, die Leistungsüberprüfung 17/0 zügig voranzutreiben. Eigentlich müsste die Umsetzung bereits laufen. Nur aus einer Position der finanziellen Stärke lassen sich künftige Herausforderungen adäquat und einigermassen entspannt angehen.

Zum Schluss möchten wir noch Martin Vollenwyder, der für diese Rechnung noch verantwortlich war, für seine gute Arbeit und seinen langjährigen Einsatz für die Stadt danken und ihm für seine Zukunft alles Gute wünschen.

**4049. 2013/231**

**Erklärung der CVP-Fraktion vom 19.06.2013:  
Rechnung 2012**

Namens der CVP-Fraktion verliest Jean-Claude Virchaux (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Rechnung 2012 besser als erwartet – Vorsicht ist aber weiterhin notwendig

Die CVP-Fraktion nimmt die Rechnung 2012 mit Genugtuung zur Kenntnis.

Das verzeichnete Defizit von 33.1 Mio. Franken ist zwar immer noch ein Defizit, gibt aber in Relation zur Grösse des Haushalts der Stadt Zürich keinen Anlass zur Besorgnis. Nach wie vor erfreulich sind die Ergebnisse der Gemeindebetriebe, welche auch 2012 grosse Beträge an die Stadtkasse ablieferten. Ein positives Zeichen setzt auch die Verwaltung selber, realisiert sie doch Einsparungen gegenüber dem Budget von 60.5 Mio. bei den Personalkosten sowie knapp 190 Mio. beim Sachaufwand. Die Steuereinnahmen lagen zwar um gut 190 Mio. unter dem budgetierten Wert, erreichten aber mit 2.4 Milliarden einen Spitzenwert.

Unbestritten sind die nach wie vor hohen Steuererträge ein klares Zeichen für die hohe Qualität des Lebens- und Wirtschaftsstandortes Zürich, welche auch immer wieder in internationalen Umfragen gestützt wird. Aus Sicht der CVP Fraktion liegt in dieser hohen Standortqualität der Schlüssel für den weiteren Erfolg in unserer Stadt.

Die erneute Erhöhung der Stellenzahl von rund 390 Stellen gegenüber der Rechnung 2011, stellt aus Sicht der CVP einen Trend in die falsche Richtung dar. Auch wenn die Stellenerhöhungen im Einzelnen gut begründet sind, steht die CVP dieser Entwicklung kritisch gegenüber. Hier steht aber auch das Parlament in der Verantwortung, welches immer mehr Aufgaben an die Verwaltung delegiert.

Der Realisierungsgrad der Investitionsausgaben der Stadt Zürich konnte auch im Jahr 2012 bei rund 75% weiter verstetigt werden, was positiv zu bewerten ist.

Der Passivseite der Bilanz mit der Zunahme des Fremdkapitals um 516 Mio. sowie der Nettoschulden um 496 Mio. gegenüber dem Vorjahr muss aus Sicht der CVP erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das zum heutigen Zeitpunkt sehr tiefe Zinsniveau wird nicht ewig andauern.

Das Ergebnis der Rechnung 2012 zeigt, dass die laufende, strenge Überprüfung der städtischen Ausgaben für die CVP-Fraktion ein wichtiger Auftrag an den Stadtrat bleibt. Die nächsten Jahre werden für die Stadt Zürich aus finanzpolitischer Sicht wohl schwieriger werden und es ist unerlässlich, auch zukünftig an restriktiven Budgetvorgaben festzuhalten.

Die CVP Fraktion dankt dem Stadtrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für den verantwortungsvollen Umgang mit den vom Parlament zur Verfügung gestellten Mitteln. Ebenfalls in diesen Dank eingeschlossen sind die Anstrengungen der Stadt, weiterhin Ausbildungsplätze für junge Menschen in unserer Stadt zu schaffen.

**4050. 2013/232**

**Erklärung der AL-Fraktion vom 19.06.2013:  
Rechnung 2012**

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Weder Dumpinglöhne noch Dumpingsteuern

Der Ausfall beim Steuerertrag von 190 Millionen hat die Rechnung 2012 der Stadt Zürich ins Minus gedrückt. Im Gegensatz zum Jahr 2008, als eine einmalige Steuerrückzahlung an eine Grossbank den Steuerertrag der juristischen Personen halbiert hat, sind 2012 keine Sondereffekte für den Einbruch verantwortlich. Neben den Firmen zahlen auch die privaten Haushalte weniger an den städtischen Haushalt als erwartet. Die Zeiten sind vorbei, in denen die Neuzuzüger die sinkenden Erträge bei den Unternehmenssteuern kompensiert haben.

Damit ist klar, dass die für das Gemeinwesen finanziell attraktiven ersten Wachstumsjahre vorbei sind. Jetzt muss die Stadt Zürich schauen, wie sie die Bedürfnisse einer wachsenden Bevölkerung nach Grundversorgung und Infrastruktur mit den beschränkten finanziellen Ressourcen befriedigen kann. Dass der Kanton die wachsenden Kosten von Bildung und Gesundheit recht schamlos auf die Kommunen abwälzt, macht das eingetrübte finanzielle Bild noch etwas düsterer.

Mit der Weisung zu den Elternbeiträgen in der ausserschulischen Kinderbetreuung hat der Stadtrat signalisiert, wie er die finanzpolitischen Herausforderungen angehen will. Die Erhöhung dieser Gebühren um volle

18.3 Prozent mag angesichts der wachsenden Ausgaben der Stadt für Krippen und Horte nachvollziehbar erscheinen. Aus Sicht der AL ist aber völlig undiskutabel, dass jetzt bei den von der Bevölkerung erwünschten Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben die Bremse gezogen wird.

Dass es andere Wege gäbe, hat die AL bei der Beratung des Voranschlags 2013 mit dem Antrag gezeigt, die im Dezember 2007 beschlossene Senkung des Steuerfusses wieder zurückzunehmen. Die Rechnung macht deutlich, dass dieser Antrag richtig war. Wir werden die finanziellen Herausforderungen nicht ohne die Rücknahme der Steuerfussenkung bewältigen können.

Wir weisen darauf hin, dass die Stadt die Belastung der Haushalte durch eine Steuerfusserhöhung abfedern könnte, indem sie die Reserven der Gemeindebetriebe auf ein vernünftiges Mass zurücknimmt und damit die Gebührenzahlenden entlastet. Um diese dringend notwendige Diskussion anzustossen, wird die AL heute - zusammen mit der in dieser Frage gleichgesinnten FDP - eine Motion einreichen, die eine temporäre Gebührenreduktion von je 15 bis 20 Millionen Franken bei ERZ Abfall und Abwasser verlangt. Das entspricht einer Entlastung von gut 2 Steuerprozenten. Angesichts der in der Rechnung ausgewiesenen Entwicklung der Reserven dieser beiden Dienstabteilungen ist eine solche Bonus-Aktion mehr als gerechtfertigt.

Mit grossem Unwillen hat die AL davon Kenntnis genommen, dass das Tiefbau- und Entsorgungsdepartement bei der Stadtreinigung auf Lohndumping setzt. Dass Billigstarbeitskräfte für 17 Franken pro Stunde für Sauberkeit auf Strassen und in Parks sorgen, ist beschämend. Dass der Gemeinderat zu dieser Neuausrichtung der Geschäftspolitik des TED nicht konsultiert wurde, ist eine grobe Verletzung seiner Budgethoheit.

### **Persönliche Erklärung:**

Patrick Blöchlinger (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Rechnung 2012.

### **4043. 2013/82**

#### **Weisung vom 13.03.2013:**

#### **Rechnung 2012 (Verwaltungsrechnung mit Anhang), Genehmigung**

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 4044–4050)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Es ist nicht einfach, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einen knapp negativen Abschluss zu erzielen. Grund dafür ist unter anderem tatsächlich die von der Stadtverwaltung grundsätzlich angestrebte Budgetdisziplin. Aber auch die hohen Steuereinnahmen haben zum Ergebnis beigetragen. Zu den Abweichungen beim Personalaufwand: Wir bemühen uns sehr um eine präzise Budgetierung, doch Abweichungen kommen vor. Einen grossen Teil machen die nicht besetzten Stellen aus. Hier verstehe ich die Kritik der RPK nicht. Es wird bekanntlich immer gefordert, die Stellen zurückhaltend zu besetzen. Beim Freien Kredit muss ich auf den der RPK bekannten Bezirksratsentscheid von 2010 verweisen. Zur Aus- und Weiterbildung: Dieser Bereich wurde tatsächlich nicht ausgeschöpft. Es ist schwierig, die genauen Ursachen festzustellen. Die Arbeitsbelastung des städtischen Personals ist generell hoch. Im Zweifelsfall wird eine angestrebte Weiterbildung gestrichen. Zum Darlehen Kongresshausstiftung: Wir werden in Kürze eine Strategie vorlegen und das Parlament wird miteinbezogen werden. Zum Ausblick: Die Steuereinnahmen sind wieder gestiegen, werden aber tendenziell stagnieren. Deshalb läuft bei uns die Leistungsüberprüfung. Wir sind gewillt, bis 2017 das Eigenkapital zu erhalten. Es gibt Unsicherheiten, die teilweise in den Fraktionserklärungen angedeutet wurden. Wir müssen auch mit weiteren Kostenblöcken rechnen. In den nächsten Jahren müssen wir genau darauf achten, dass das Ergebnis stimmt und dass Ausgaben und Einnahmen in einem Verhältnis stehen, das uns erlaubt, dass wir finanzpolitisch autonom bleiben und nicht einem Bilanzfehlbetrag entgegensteuern.*

Weitere Wortmeldung:

**Roger Liebi (SVP):** Die RPK hat nicht kritisiert, dass die Stellen nicht besetzt wurden. Es handelte sich lediglich um eine Feststellung, welche Gründe zum besseren Ergebnis geführt haben.

Eintreten ist unbestritten.

Dispositivziffer 1

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Rebekka Wyler (SP):** Viele Argumente wurden bereits genannt. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass der Rechnung zugestimmt werden sollte.

**Roger Liebi (SVP):** Es handelt sich hier um das fünfte Defizit in Folge. Mein grösster Kritikpunkt ist die Schuldenentwicklung. Im Jahr 2002 betrugen die Nettoschulden 1,8 Milliarden Franken, im Jahr 2012 waren es bereits 4,1 Milliarden Franken. Natürlich steht der Bürger in der Pflicht, wenn man das Defizit decken müsste. Die SP und die Grünen haben Steuererhöhungen verlangt. Von 2002 bis 2012 hatten wir eine Teuerung von 5,5 Prozent. Gleichzeitig hatten wir eine Personalaufwandssteigerung von 41,7 %, eine Sachaufwandsteigerung von 31 %, eine Steuerertragssteigerung von 2,6 % und eine Stellensteigerung von über 3000 Stellen. Auf der Steuerseite tat sich vergleichsweise wenig, auf der Abgaben- und Gebührensseite und insbesondere der Ausgaben-seite sehr viel. Vor allem war alles deutlich über der Teuerungsentwicklung. Wir müssen jedes Jahr mehr Geld aufnehmen, um unsere Investitionen zu decken. Wenn wir mehr Geld aufnehmen müssen, als wir haben, müssen wir zusätzlich Schulden machen. Das geht nicht weiter so. Falls das Harmonisierte Rechnungsmodell 2 (HRM2) kommt, wird es auf die operativen Ausgaben ankommen. Dann können wir nicht mehr einfach Reserven auflösen. Die Schuldenentwicklung hat viele andere Gemeinwesen und Staaten zerstört. Langfristig ist nicht die Jahresrechnung schlimm, sondern die Schuldenentwicklung. Zum Freien Kredit. Der Beschluss des Bezirksrats bedeutet, dass wir in der RPK keine Details aus unseren Beratungen herausgeben dürfen. Wenn ich sehe, welche Posten im Freien Kredit enthalten sind und dass sich der Stadtrat nicht getraut, diese zu zeigen, muss man künftig den Freien Kredit tatsächlich ablehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** Der Hauptteil der Schuldenerhöhung beruht auf den neuen Regelungen des Kantons betreffend der Beurteilung der Spitäler, die zu höheren Zinszahlungen an den Kanton führen. Zum Thema Aus- und Weiterbildung: Ich hoffe, dass mit der neuen HR-Strategie auch in den Dienstabteilungen des Gesundheitsdepartements und in den Spitälern Weiterbildungen absolviert werden. Diese sind wichtig für die Personalentwicklung. Ein dritter Punkt: Samuel Dubno (GLP) sagte, die Pauschalkürzungen in der Gesamtverwaltung seien ein probates Mittel, das künftig noch mutiger genutzt werden sollte. Pauschalkürzungen auf dem Konto der Gesamtverwaltung haben gemäss Stadtrat aber keinen Einfluss auf die Budgetgenauigkeit und auf das Kostenbewusstsein der einzelnen Institutionen. Von daher könnten wir uns die Übungen mit den Pauschalkürzungen ersparen.

**Rebekka Wyler (SP):** Roger Liebi (SVP) unterstellte uns, wir hätten Steuererhöhungen gefordert. Das stimmt nicht. Wir äusserten uns zu Steuergeschenken. Im Kantonsrat wird ein Steuergeschenk nach dem andern ermöglicht, so etwa die Unternehmenssteuerreform. Dem öffentlichen Gemeinwesen werden gezielt Gelder entzogen. Hier

geht es nicht um die Interessen des Volks, sondern um die einer kleinen Minderheit von Besitzenden, die profitieren kann. Das lehnen wir ab.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Es geht nicht darum, dass Steuergeschenke gemacht werden. Es geht allenfalls darum, dass die Steuern weniger hoch ausfallen. Das hat mit Investitionsmöglichkeiten im Raum Zürich zu tun. Wenn Zürich nicht mehr attraktiv ist, werden auch keine Investitionen mehr getätigt. Zum Punkt mit den Ausgaben: Die kumulierten Ausgaben, die steigen, sind irgendwann der Grund, dass man entweder Steuern erhöhen oder sich mehr verschulden muss. In einem gesunden Haushalt wollen wir weder das eine noch das andere.

**Christine Seidler (SP):** Weder Banken noch KMU bezahlen in der Stadt Steuern. Doch wer hier Geschäfte macht, wohnt und von der Infrastruktur profitiert, sollte auch seinen Beitrag zahlen. In Zürich-West haben grosse Immobilienfirmen wie die Allreal oder die Mobimo grossen Profit gemacht, zahlen aber in Zürich keine Steuern. Auch Leute, die in diese Wohnungen ziehen – es handelt sich um Zweitwohnungen – zahlen hier keine Steuern. Es geht um Gerechtigkeit: Wer von der Stadt profitiert, soll auch einen finanziellen Beitrag leisten. Wenn immer von Renditemaximierung und Wachstum gesprochen wird, müssen wir auch Einnahmen generieren. Wenn wir wachsen, wächst die Infrastruktur und die Verwaltung mit. Für Infrastruktur brauchen wir Steuergelder.

**Roger Liebi (SVP):** Die Banken – mit wenigen Ausnahmen – zahlen durchaus Steuern. Die Banken haben Wachstum generiert. Wer nichts von finanzpolitischen Fragen versteht, sollte nicht darüber sprechen.

**Severin Pflüger (FDP):** Ein KMU zahlt in der Stadt eine Gewinnsteuer von 21,76 %. Jedes Unternehmen und jede Briefkastenfirma zahlt diese Gewinnsteuer. Dazu gehören auch Immobilienfirmen. Sie bezahlen darüber hinaus auch eine Grundstücksgewinnsteuer. Der Unterschied ist aber folgender: Wer eine Allreal-Aktie hat und in einer Allreal-Wohnung wohnt, bezahlt eine Marktmiete. Das, was auf dieser Miete Gewinn ist, erhält der Mieter als Dividende ausbezahlt. Wer in einer ABZ-Wohnung wohnt und Genossenschafter ist, bezahlt eine Kostenmiete. Der Gewinn ist in der folglich niedrigeren Miete bereits berücksichtigt. Der Allreal-Mieter mit der Allreal-Aktie bezahlt zweimal Steuern: Gewinnsteuer und Einkommenssteuern mit seiner Dividende. Der ABZ-Genossenschafter hingegen bezahlt weder die eine noch die andere Steuer.

**Christoph Spiess (SD):** Zum Freien Kredit: Es gibt gewisse Verwaltungstätigkeiten, die mit Blick auf den Persönlichkeitsschutz von Betroffenen geheim gehalten werden müssen. Das leuchtet ein. Tatsache ist aber, dass nicht nur die RPK, sondern alle Ratsmitglieder die Rechnung abnehmen müssen. Wir haben alle das gleiche Recht wie die RPK, über die Verwendung des Freien Kredits Auskunft zu erhalten. Sonst müssen wir über etwas entscheiden, bei dem wir nicht wissen, worum es sich handelt. Auf welche Rechtsgrundlage stützt sich der Stadtrat für die Geheimhaltung? Man müsste dies eventuell einmal durch den Bezirksrat überprüfen lassen. Der Stadtrat sollte entweder offenlegen, wofür er das Geld verwendet hat, oder uns plausibel machen, warum er keine Auskunft geben kann.

**Niklaus Scherr (AL):** Zum Votum von Severin Pflüger (FDP): Man kann gesellschaftlichen Reichtum auf verschiedene Arten verteilen. Es gibt zwei Sorten von Eigentümern: Genossenschafter, die eine kollektive Dividende aus ihrem Investment ziehen, und private Eigentümer, die auf andere Art Gewinn erzielen und von Steuervorteilen profitieren. Die Genossenschafter werden hier aber als Bande von Schmarotzern hingestellt. Dagegen wehre ich mich in aller Form. Weitere Punkte: Im Krisenjahr 2007 senkte man die Steuern. Darauf müsste man vielleicht heute wieder zurückkommen. Es wird immer da-

von gesprochen, man müsse Gebühren senken. Ein Vorschlag wäre, Gebühren zu senken und Steuern zu erhöhen – ein Nullsummenspiel. Wir verschulden uns nicht mehr, sondern zapfen nur überflüssige Reserven an. Zur Nettoschuld: Sie ist im Jahr 2008 um 1,5 Milliarden Franken gestiegen. Wir haben buchhalterisch alle Wohnsiedlungen vom Finanzvermögen in das Verwaltungsvermögen verschoben. Das hat zur Folge, dass jede neu gebaute Wohnsiedlung die Nettoschuld erhöht. Doch diese Siedlungen werden durch kostendeckende Mieten komplett refinanziert. Es gibt so zwei Arten von Verwaltungsvermögen. Siedlungen, die etwas einbringen, und Bauten, wie Schulhäuser, die nur Aufwand bringen. Dies ist aber aus der Nettoschuldenrechnung nicht ersichtlich.

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** Wenn die Linke solche Berichte verbreitet, wie wir sie soeben gehört haben, fällt das bei denen, die finanzpolitisch nicht so gewieft sind, auf fruchtbaren Boden. Das ist gefährlich. Die Rechnung kommt auf Samtpfoten daher. Man kann argumentieren, das Defizit sei nicht so gross und es gebe gute Gründe dafür. Doch die Struktur der Rechnung und die Richtung, in die wir gehen, ist schlimm. Wohin das führt, war in den Krisenländern in Europa zu sehen. Zürich kann höchstens Kredite aufnehmen. Diese werden aber immer teurer. Die Finanzierung von heute wird nicht so günstig bleiben. Hier sollten wir uns nichts vormachen.

**Min Li Marti (SP):** Zu den Banken: Es ist nicht so, dass die Banken keine Steuern zahlen. Es sind die Grossbanken, die keine Steuern zahlen. Diese zahlen nicht keine Steuern aufgrund von zu vielen sozialistischen Regulierungen, sondern eher wegen des grösstenteils selbstverschuldeten Debakels. Severin Pflüger (FDP) hat aufgerechnet, wer wie viele Steuern zahlt. Wenn es nach der FDP ginge, müsste die Allreal wohl auch keine Grundstückgewinnsteuer bezahlen. Die Unternehmenssteuern sind in den letzten zwanzig Jahren zudem nicht gestiegen, sondern sukzessive gesunken. Unser Einnahmeproblem hat sehr viel damit zu tun.

**Severin Pflüger (FDP):** Auch wir sind selbstverständlich dafür, dass alle Steuern bezahlen, auch die Unternehmen. Zur Kapitalgewinnsteuer: Zu berücksichtigen wären kapitalintensive Unternehmen und nicht kapitalintensive Unternehmen, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die damit zusammenhängenden Auswirkungen bei der Kapitalgewinnsteuer beziehungsweise deren Anrechnung. Zum Vergleich ABZ und Allreal: Ich wollte die ABZ nicht angreifen. Wenn man keinen Gewinn machen will und darum keine Steuern bezahlt, ist das in Ordnung. Doch es wurden weitere Firmen erwähnt, die keine Steuern bezahlen würden. Diese Aussagen stimmen so nicht. Es ist korrekt, dass die Allreal die Dividendenzahlung aus Kapitalanlagereserven machen konnte im 2011, auf die keine Steuern bezahlt werden mussten. Meiner Meinung nach ist der Skandal dort, wo früher Kapitalrückzahlungen besteuert wurden. Dadurch entstand eine mehrfache Besteuerung desselben Geldes.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
Abwesend:	Christine Seidler (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 23 Stimmen zu.

### **Persönliche Erklärungen:**

Roger Liebi (SVP) hält eine persönliche Erklärung zum Vorgehen bei der Behandlung des Geschäfts «Rechnung 2012».

Christoph Spiess (SD) hält eine persönliche Erklärung zum Freien Kredit des Stadtrats.

STR Daniel Leupi hält eine persönliche Erklärung zum Freien Kredit des Stadtrats.

Dispositivziffer 2

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Rebekka Wyler (SP):** *Es geht um die Rechnung der Asyl-Organisation Zürich (AOZ). Sowohl die RPK als auch die GPK haben das Geschäft ausführlich behandelt und viele Fragen gestellt und Antworten erhalten. Die Mehrheit der RPK bittet um Zustimmung zur Rechnung der AOZ.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Es geht hier um viel Geld. Die AOZ, eine öffentlich-rechtliche Anstalt, setzt pro Jahr 107 Millionen Franken um: 58 Millionen Franken für städtische Aufgaben, 49 Millionen für andere. Das Sozialdepartement überweist pro Jahr 19 Millionen Franken für städtische Leistungen an die AOZ. Wofür werden diese hohen Beträge eingesetzt? Seit dem Defizit im Jahr 2011 wurden kritische Fragen zur Geschäftsführung der AOZ gestellt. Die Antworten erleuchteten die Lage nicht vollständig. Wie ist das mit den Projekten, die defizitär waren? Wie viel gibt die AOZ wofür aus? Weder aus den Produktgruppen im Rechnungsbuch noch aus dem Jahresbericht erhalten wir genügend Informationen. Uns liegt keine Erfolgsrechnung vor. Wir haben zu sieben Themenbereichen Fragen eingereicht, die sich alle mit Kosten beschäftigten. Wie sind die Personalkosten von 32 Millionen Franken auf die 279 Stellen verteilt? Wie viel kostete der psychosoziale Dienst im Jahr 2012 und wie setzt sich der Betrag zusammen? Wir haben auch Fragen zu weiteren Projekten gestellt, ob sie defizitär sind, und wenn ja, wie lange schon. Wir haben nach zehn Tagen vom Stadtrat die Antwort erhalten, dass die Antwortfrist hier zu kurz war. Die Fragen würden teilweise auch deutlich über den Rahmen der sich üblicherweise im Zusammenhang mit der Jahresrechnung stellenden Fragen hinausgehen. Es wird ausgeführt, man habe in der GPK bereits über diese Fragen und Zahlen gesprochen. Im GPK-Protokoll fand ich jedoch keine Zahlen zum Geschäftsbetrieb. Wir haben in der RPK entschieden, dass wir die Frist verlängern. Gemäss Verordnung der AOZ hat der Gemeinderat die Oberaufsicht. In der Kantonsverfassung steht, dass Gemeinden garantieren müssen, dass sie ihren Finanzhaushalt gemäss Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit führen und dass sich Budget und Rechnung nach den Grundsätzen der Transparenz und Öffentlichkeit richten. Schon allein aus diesem Grund muss die Rechnung abgelehnt werden.*

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung des Geschäfts siehe Sitzung Nr. 178, Beschluss-Nr. 4043/2013).



## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 4051. 2013/234

#### **Motion von Niklaus Scherr (AL) und Albert Leiser (FDP) vom 19.06.2013: Befristete Senkung der ERZ-Gebühren für Abwasser und Abfall in Form eines Bonus**

Von Niklaus Scherr (AL) und Albert Leiser (FDP) ist am 19. Juni 2013 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für eine befristete Senkung der ERZ-Gebühren für Abwasser und Abfall in Form eines Bonus in Höhe von 15 – 20% vorzulegen. Dieser ist so zu gestalten, dass er auch den Mieterinnen und Mietern direkt zugute kommt.

Begründung:

Aufgrund der sehr hohen Reserven hat der Gemeinderat für die Jahre 2008-2010 bei den Abwassergebühren einen temporären Bonus im Umfang von rund 20 Mio Franken pro Jahr beschlossen, indem auf die Erhebung der Infrastrukturgebühr für Haushalte und Betriebe verzichtet wurde. 2010 wurde mit Mehrheitsbeschluss auf die Weiterführung verzichtet. Die ERZ-Finanzplanung ging damals davon aus, dass auch ohne Bonus die Reserven von ERZ Abwasser bis 2015 praktisch auf null absinken würden. Für 2012 waren danach noch Reserven von rund 60 Mio Franken vorgesehen. Tatsächlich haben sich die Reserven nach Auslaufen der Bonus-Aktion im Jahr 2010 stabilisiert und sind im 2012 sogar leicht auf 106 Mio Franken gestiegen. Die interne Bestandesrechnung weist per Ende 2012 sogar Reserven von 133.9 Mio Franken (Vorjahr: 126.5 Mio) aus.

Noch extremer präsentiert sich die Situation bei ERZ Abfall. Dort sind die Reserven zwischen Ende 2008 und Ende 2012 von 99.4 auf 161.1 Mio Franken angewachsen, dies trotz anhaltend hohen Investitionen.

Bei beiden Werken werden die jährlichen Investitionen – entgegen der längerfristigen Abschreibungspraxis bei den Industriellen Betrieben – im laufenden Jahr jeweils sofort zu 50% abgeschrieben, womit erhebliche stille Reserven entstehen. Eine temporäre Reduktion um 15 – 20% (jeweils 15 – 20 Mio Franken) ist damit durchaus möglich.

Die befristete Senkung der Gebühren erfolgt am einfachsten über den Erlass resp. eine Reduktion des Infrastrukturpreises. Damit kommen auch alle Betriebe in einem Mietobjekt in unmittelbarer in den Genuss der Reduktion.

Nach Ablauf der befristeten Gebührensenkung ist erneut über die Gebührenhöhe unter Berücksichtigung der langfristigen Finanzierung von ERZ Abwasser und ERZ Abfall zu entscheiden.

Mitteilung an den Stadtrat

### 4052. 2013/235

#### **Postulat von Guido Trevisan (GLP) und Marcel Schönbächler (CVP) vom 19.06.2013: Zukünftige Tramgeneration, bessere Lesbarkeit der seitlichen Beschriftungen**

Von Guido Trevisan (GLP) und Marcel Schönbächler (CVP) ist am 19. Juni 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er bei der Bestellung der zukünftigen Tramgeneration darauf hinwirken kann, dass die seitlichen Beschriftungen (Liniennummer sowie Fahrziel) besser lesbar sind.

Begründung:

Frühere Trammodelle verfügen bzw. verfügten über Dachbeschriftungen oder Rollbandanzeigen, welche von weitem gut erkennbar sind bzw. waren. Im Vergleich zu den bei den Cobra-Trams sich im Einsatz befindlichen elektronischen Anzeigen weisen sie jedoch klare Nachteile bezüglich flexiblem Einsatz der Tramflotte aus.

Für die kommende Tramgeneration soll gemäss Ausschreibung an der Grösse der Beschriftung (analog

Cobra) festgehalten werden.

Der technologische Fortschritt, die Grösse der Beschriftung und weitere Optionen sollen geprüft werden, um Fahrziel, Liniennummer und Farbe der Tramlinien besser sichtbar zu machen. Besonders in Kurven und von grösserer Entfernung sind die Angaben bei dem Modell Cobra nur sehr schwer erkennbar.

In der Stadt Zürich wird voraussichtlich Ende 2016 die neueste Tramgeneration Fahrt aufnehmen. Da der Auftrag noch nicht vergeben ist, kann die Forderung des Postulats heute noch ohne Mehrkosten in die Auftragsverteilung aufgenommen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**4053. 2013/236**

**Interpellation von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) vom 19.06.2013:**

**Senkung der Messtoleranz bei den Radaranlagen, Auswirkungen bezüglich Sicherheit und Bussenpraxis**

Von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) und Roger Bartholdi (SVP) ist am 19. Juni 2013 folgende Interpellation eingereicht worden:

Bei den Radarkästen in der Stadt Zürich wurde die Messtoleranz von 5km auf 3km gesenkt. Es fragt sich, ob dies durch eine Sicherheitspolitik, eine Verkehrspolitik oder eine Finanzpolitik motiviert ist. Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gross ist der Beitrag zur Sicherheit: Wie gross ist der Rückgang der Unfälle aufgrund der gesenkten Toleranz? Falls keine genauen Zahlen vorliegen, bitten wir um eine Einschätzung.
2. Auf welcher Basis und auf welchen Annahmen beruht allenfalls diese Einschätzung?
3. Wie gross ist die Zunahme der Anzahl an Bussen aufgrund dieser Senkung in absoluten Zahlen und in Prozenten?
4. Wie hoch ist aufgrund der Senkung der Messtoleranz die Zunahme an Einnahmen durch Ordnungsbussen durch eine höhere Anzahl an Bussen und durch eine höhere Einordnung in die Bussenkategorien in absoluten Zahlen und in Prozenten?
5. Wie gross ist aufgrund dieser Senkung die Zunahme an Verzeigungen an den Polizeitrichter in absoluten Zahlen und in Prozenten?
6. Wie hoch ist aufgrund dieser Senkung die Zunahme an Verwarnungen in absoluten Zahlen und in Prozenten?
7. Wie gross ist aufgrund dieser Senkung die Zunahme an Ausweisentzügen in absoluten Zahlen und in Prozenten?
8. Welche Prioritäten setzt der Stadtrat mit dieser Senkung: Steht die Sicherheit, die Finanzpolitik oder die verkehrspolitische Drangsalierung der Automobilisten im Vordergrund?
9. Wie gross schätzt der Stadtrat die gestiegene Ablenkung durch die minutiöse Einhaltung der Geschwindigkeit ein (Blick auf den Tacho)? Wie hoch schätzt der Stadtrat das Potential des dadurch bedingten erhöhten Unfallrisikos ein?

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion, das Postulat und die Interpellation werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**4054. 2013/237**

**Schriftliche Anfrage von Urs Fehr (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 19.06.2013: Berechnung der Leerwohnungsziffer der Stadt**

Von Urs Fehr (SVP) und Roger Liebi (SVP) ist am 19. Juni 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

In der Stadt Zürich – so wird immer wieder behauptet - sind freie Wohnungen eher Mangelware. Dazu wird jeweils auf die tiefe Leerwohnungsziffer verwiesen. Gleichzeitig weist Statistik Stadt Zürich aus, dass 2012 über 40'000 Personen umgezogen sind. Dabei wurde jeweils eine Wohnung frei, die wieder vermietet werden konnte. Theoretisch sind diese Wohnungen ebenfalls leer, allerdings nur während eines (sehr) kurzen Zeitraumes.

Für die Berechnung der Leerwohnungsziffer müssten deshalb auch diese Wohnungen dazugerechnet werden, unabhängig davon, ob sie unter der Hand weg gehen, nur kurz oder gar nicht ausgeschrieben werden. Die Daten könnten vom Einwohneramt problemlos bezogen werden. Jede Änderung von einem Mietverhältnis müsste zur Leerwohnungsziffer dazugerechnet werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie genau wird die Leerwohnungsziffer in der Stadt Zürich berechnet?
2. Werden die Wohnungen, die unter der Hand weggehen oder ohne Ausschreibung vermietet werden, auch zur Leerwohnungsziffer dazugerechnet? Wenn nein, wieso nicht?

Mitteilung an den Stadtrat

#### 4055. 2013/238

##### **Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) vom 19.06.2013: Aktion «Ghostbikes» an den Velounfallschwerpunkten, Umgang mit Kunst im öffentlichen Raum und dem Begriff des gesteigerten Gemeingebrauchs**

Von Matthias Probst (Grüne) ist am 19. Juni 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am Sonntag Abend dem 16. Juni 2013 stellte eine Gruppe engagierter Aktivistinnen und Aktivisten in Zürich an Velounfallschwerpunkten liebevoll gestaltete Ghostbikes auf. Dazu wurden 16 weiss bemalte Velos zusammen mit Blumen und Grabkerzen an Orten angekettet, wo sie gut sichtbar waren, aber den Verkehr nicht behinderten. Von der Polit-Kunstaktion wurde im 20min berichtet:

<http://www.20min.ch/schweiz/zuerich/story/Ghostbikes-weisen-auf-Unfall-Hotspots-hin-20565881>

Noch in der gleichen Nacht, räumte die Stadtpolizei systematisch sämtliche dieser Kunstwerke wieder ab. Die offizielle Begründung dazu liest sich ebenfalls in 20min auf Auskunft vom Mediendienst der Stadtpolizei (Marco Cortesi), diesmal in der Printausgabe vom 18.6.2013 wie folgt: „solche Guerilla Aktionen benötigen eine Bewilligung wegen des gesteigerten Gebrauchs öffentlichen Grundes“ und weiter: „Zu 99% wären die bewilligt worden, da es um eine politische Botschaft ging und nicht um Werbung“

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was wird unter dem Begriff gesteigerter Gemeingebrauch subsumiert?
2. Ab wann ist es gesteigerter Gemeingebrauch, wenn ein Velo auf öffentlichem Grund abgestellt wird? Ist das Kriterium der Verhältnismässigkeit gewahrt, wenn die Velos bereits nach einer Nacht entfernt werden?
3. Müsste demzufolge nicht jedes Fahrzeug, das über eine bestimmte Zeit hinaus auf öffentlichem Grund abgestellt wird, entfernt werden?
4. Gemäss Mediensprecher der Stadtpolizei (Marco Cortesi) wäre die Aktion zu 99% bewilligt worden. Was wiederum bedeutet, dass die Velos tatsächlich nicht störten. Gilt das langjährige Motte der Stadtpolizei „erlaubt ist, was nicht stört“ jetzt nicht mehr? Müsste es neu in dem Fall heissen: „erlaubt ist was die Stadtpolizei bewilligt, alles andere ist verboten“?
5. Ist Kunst im öffentlichen Raum nur erlaubt, wenn es die Stadtpolizei bewilligt? D.h. eine offizielle „Bewilligte Kunst“ Plakette trägt?
6. Transportiert die Stadtpolizei jetzt auch alle auf öffentlichen Parkplätzen abgestellten Lastwagen oder Autos ab, welche einen Schriftzug auf sich tragen? Z.B. das Wahlmobil von Mauro Tuena?
7. Wurde die Entfernung durch Klagen von privaten Personen ausgelöst oder hat die Polizei von sich aus gehandelt?
8. Müssen Besitzer von weissen Velos nun darum fürchten, dass ihre Velos von der Stadtpolizei eingesammelt werden?

Mitteilung an den Stadtrat

**4056. 2013/239**

**Schriftliche Anfrage von Gerhard Bosshard (EVP) und Dr. Esther Straub (SP) vom 19.06.2013:**

**500-Jahr-Jubiläum der Zürcher Reformation, Potenzial des Anlasses und Planungsstand bezüglich möglicher Veranstaltungen**

Von Gerhard Bosshard (EVP) und Dr. Esther Straub (SP) ist am 19. Juni 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 1. Januar 2019 jährt sich zum 500. Mal der Tag, an dem Ulrich Zwingli Leutpriester am Grossmünster wurde. Bereits vier Jahre später beschloss der grosse Rat, die Reformation einzuführen. In Deutschland und Europa wird 1517/2017 (31. Oktober, Thesenanschlag Martin Luther) das Reformationsjubiläum breit gefeiert. Mehrere deutsche Bundesministerien sowie staatliche Institutionen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene sind in die Gestaltung involviert. Auch die evangelisch-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich bereitet sich zurzeit auf die Jubiläumsjahre (2017–2023) vor. Die Touristenzahlen an den Orten der Reformation steigen signifikant an, denn nicht wenige der 800 Mio. evangelischen Christinnen und Christen aus aller Welt besuchen aus Anlass des Jubiläums die Stätten ihrer religiösen Wurzeln. Unterschiedliche Träger organisieren vielfältige Bildungsveranstaltungen und Kongresse, Kulturevents und Begegnungen. So kommen Anfang Oktober dieses Jahres auf Einladung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 250 Kirchenleitende und Reformationsfachleute aus der Schweiz, Deutschland, dem übrigen Europa und Übersee in Zürich zu einem Kongress zusammen, um gemeinsam am Thema Reformationsjubiläum zu arbeiten.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beabsichtigt der Stadtrat das grosse Potenzial des 500-Jahrjubiläums der Zürcher Reformation zu nutzen?
2. Welche Überlegungen und Massnahmen wurden getroffen seit einem Treffen einer gemischten Kommission in Zürich unter der Federführung des Schweizer Botschafters in Berlin im Frühjahr vergangenen Jahres, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit – besonders auf touristischem Gebiet – auszuzuloten?
3. Was ist anlässlich der erwähnten Kirchenkonferenz Anfang Oktober in Zürich an Begegnung mit den Gästen geplant?
4. Welche Planungen gibt es betreffend dem Reformationsjubiläum bei Kunst im öffentlichen Raum und kulturellen Veranstaltungen, Ausstellungen, Theaterproduktionen usw.?

Mitteilung an den Stadtrat

**4057. 2013/240**

**Schriftliche Anfrage von Werner Wehrli (EVP) vom 19.06.2013:**

**Ziele des Stadtrats für eine bessere Anbindung der Stadt an das internationale Hochleistungsbahnnetz**

Von Werner Wehrli (EVP) ist am 19. Juni 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Ringen um den Ausbau der internationalen Bahnverbindungen sollte die Stimme der Stadt Zürich verstärkt wahrgenommen werden. Vom Ziel, die wichtigsten Städte im Umkreis von 500 km mit dem Zug schneller als mit dem Flugzeug und mit nicht mehr als 3 Stunden Reisezeit zu erreichen, ist Zürich leider noch weit entfernt, und die Anbindung an das europäische Hochleistungsbahnnetz ist in Frage gestellt. Die aktuelle Fahrzeiten zu den nächsten Metropolen betragen: Paris 4 Std., München 4.5 Std., Frankfurt 4 Std. Stuttgart 3-4 Std (für 210 km!), Mailand 4 Std. Wir erachten es als wichtig, dass die städtische Politik sich noch stärker als bisher für eine hervorragende Anbindung Zürichs ans internationale Bahnnetz einsetzt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Dienstabteilung ist federführend für Fragen der internationalen Bahnanbindung Zürichs, welche weiteren Dienstabteilungen werden in der Regel wesentlich mit einbezogen?
2. Welche Ziele verfolgt der Stadtrat für die Anbindung Zürichs an das europäische Hochleistungsbahnnetz?

3. Welche konkreten Handlungen, insbesondere welche Lobbyarbeit hat die Stadt in der laufenden Legislatur unternommen, um die Anbindung Zürichs an das europäische Hochleistungsbahnnetz zu verbessern?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**4058. 2013/80**

**Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) vom 06.03.2013:  
Ergebnisse und Massnahmenempfehlungen des ÖV-Tests 2012 für Zürich**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 497 vom 5. Juni 2013).

Nächste Sitzung: 19. Juni 2013, 20.30 Uhr.